

Es soll wieder leben!



Studierende protestierten bei Bier und Eis für eine schnelle Wiedereröffnung des KKC. (Foto: fro)

Seit über einem halben Jahr ist das Kunst- und Kulturcafé (KKC) auf dem Essener Campus geschlossen (akduell berichtete). Eine Wiedereröffnung ist zwar geplant, doch bemängelt der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) die Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk. Währenddessen werden die Stimmen für einen baldigen Neustart immer lauter. Am vergangenen Donnerstag, 12. Mai, fand eine Protestparty mit gratis Bier und Eis direkt vorm KKC statt.

Laute Musik, kostenlose Getränke und viele gutgelaunte Studierende, die sich einig sind: Das KKC muss wiedereröffnet werden. Mit der Protestaktion wollten die Studierenden und der AStA ein Zeichen setzen und feierten bis in die späten Abendstunden direkt vor dem ehemaligen Studierendentreffpunkt. „Das KKC fehlt am Campus Essen und muss schnellstmöglich wieder seinen Betrieb aufnehmen“, fordert Kulturreferentin Katharina Sonntag, die die Organisation der Protestparty mitgestaltete. „Das sehen sehr viele so, wenn ich sehe, wie viele Studierende sich heute hier versammelt haben“, fügt sie hinzu.

Vorwurf: Intransparenz

Seit Monaten befindet sich der AStA mit dem Studierendenwerk, das als Betreiber der Einrichtung fungiert, in Verhandlungsgesprächen. Fest steht, dass sowohl die Studierendenvertretung als auch das Studierendenwerk und die Universität an einer Wiedereröffnung des studentischen Raums Interesse haben. Die Sanierungskosten in Höhe von schätzungsweise 1,5 Millionen Euro sollen auf die drei Parteien gleichmäßig verteilt werden. „Die Verhandlungen laufen ziemlich schleppend“, kritisiert AStA-Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Christian Müller. Die Studierendenvertreter*innen knüpfen Bedingungen ans Studierendenwerk: „Uns ist wichtig,

dass das KKC in Zukunft auch mehr studentische Mitwirkung erlaubt und es die Möglichkeit gibt, dass sich Studierende einfach einbringen können.“ Während das Studierendenwerk weiterhin die Nutzungsrechte besitzt, verlangen die Studierenden, dass im zuständigen Gremium studentische Vertreter*innen sitzen und Fachschaften die Räumlichkeiten gebührenfrei mieten können. Auf eine Rückmeldung zu Verhandlungsgesprächen warte der AStA jedoch noch immer.

Obwohl es ein vorher abgesprochenes Anliegen war, hätten die Studierendenvertreter*innen kein Mitspracherecht. Im März seien sie und ihre Mitstreiter*innen optimistisch aus den Gesprächen herausgegangen. „Und dann passiert zwei Monate nichts und man erfährt alles nur hinten rum“, zeigt sich Kulturreferentin Corinna Kalkowsky enttäuscht über die Entwicklungen der Verhandlungen. Auch Sonntag bestätigt dieses Unbehagen: „Wir haben das Gefühl, nicht stark genug in die Verhandlungen eingebunden zu sein.“ Das Studierendenwerk verweist darauf, dass die Gespräche mit allen Beteiligten geführt werden müssen und daher viele Terminvorschläge nicht wahrgenommen werden konnten. Das nächste Gespräch werde am 21. Mai stattfinden. „Wir [befinden] uns in ständigem Dialog mit allen Beteiligten, insbesondere mit dem AStA“, so Petra Karst, Pressesprecherin des Studierendenwerks, auf Anfrage der akduell.

Bürokratie: Kurz und schmerzlos?

Eine baldige Wiedereröffnung des KKC sei eine „vernünftige, sinnvolle Investition“, so Kalkowsky. Schließlich würden die Sanierungskosten bei voranschreitender Zeit weiter steigen. „Eine zeitnahe Wiedereröffnung scheitert aber nicht am mangelnden Willen“, entgegnet Pressesprecherin Karst den Vorwürfen. Neben strengerer Brandschutzbestimmungen, aufgrund derer sich nur noch 199 Personen im KKC aufhalten dürfen, machen weitere technische und brand-

Ausbeutung



400 Euro für 60 Monatsstunden? Wie sich AStA-Referent*innen nicht die Tasche vollmachen auf **Seite 5**.

Ankommen



Ein Ex-Professor auf Selbstfindungstrip im Geflüchteten-camp. Mehr über Jenny Erpenbecks neuen Roman erfahrt ihr auf **Seite 7**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de.

schutzrechtliche Probleme eine Sanierung unumgänglich. Daher müssen das Dezernat für Gebäudemanagement und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes Nordrhein-Westfalen eingebunden werden. Der BLB muss zunächst Gutachter*innen für eine Begehung beauftragen, die eine offizielle Übersicht über die zu behebbenden Mängel erstellen. „Der BLB hat lange Ausschreibungsfristen, weshalb sich die Begehung durch die Gutachter in die Länge zieht“, so Kalkowsky. „Aber sie könnten Kompetenzen an das Studierendenwerk oder den AStA abgeben. So könnte man der Bürokratie etwas entzinnen.“

Momentan ist von einer Wiedereröffnung in zwei Jahren die Rede. Das ist für die Studierendenvertreter*innen aber inakzeptabel. Ohne das KKC fehle ein wichtiger Teil studentischen Raumes am Campus. „Deshalb werden wir noch öfter solche Protestparties organisieren, um Druck zu machen“, sagt Sonntag. In welchem Turnus die Partys veranstaltet werden und ob man im Winter auf Glühwein umsteigen muss, steht noch nicht fest. Sicher ist für Kalkowsky aber bezüglich der geplanten Wiedereröffnung: „Der kürzere Weg ist der clevere.“ **[fro]**

Protest gegen Praxissemester

Kommentar

„KKC – Es wurde verscherbelt.“

Von Maren Wenzel

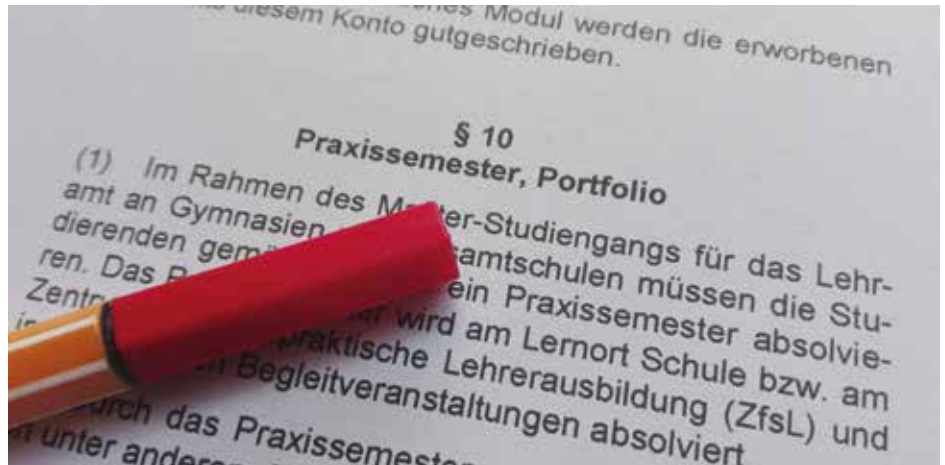
25. Januar 2012, 25.000 Euro, zwei Unterschriften und das KKC war weg. In einer Nacht- und Nebelaktion wurden die Nutzungsrechte des Kunst- und Kulturcafés auf dem Campus Essen von Studierendenvertretern an das Studierendenwerk verscherbelt. Ein übles Abschiedsgeschenk des Ex-AStA-Vorsitzenden Jan Bauer und seinem Finanzier Borislav Schön: Am Tag ihrer Absetzung verschachtelten sie den studentischen Freiraum. Das Ende eines Skandal-AStAs, der sich bald in Teilen wegen Veruntreuung studentischer Gelder vor Gericht verantworten muss.

12. Mai 2016. Studierende sammeln sich vor dem KKC zur Protestparty. Zum Wintersemester hatte das Studierendenwerk das Café vorerst geschlossen. Der Grund: Baumängel. Unter dem Motto „KKC – Es ist zu“ fordern die Studierenden ihre Kneipe auf dem Unigelände zurück. Ein längst überfälliger Schritt: Drei Jahre lang mussten die Studierendenvertreter*innen dabei zusehen, wie der ehemalige Freiraum trotz Skandalkaufs vom Studierendenwerk betrieben wurde. Es hätte also schon lange heißen können: „KKC – Es wurde verscherbelt.“ Aber aus Boykott-Aufrufen wurde eine ohrenbetäubende Stille. Das Bier floss weiter – wer es ausschenkte, war den Besucher*innen egal.

Nach der Schließung nutzt der AStA jetzt die Gunst der Stunde: Der Unmut der Studierenden lässt sie protestieren. Es wäre die Chance, das KKC wieder in studentische Hand zu bekommen. Doch statt die ominös verhökerten Nutzungsrechte zurückzufordern, soll das Studierendenwerk laut Plänen des AStAs die Kontrolle behalten. Man wolle die Räumlichkeiten ja nur kostenlos anmieten können.

Wirklich kostenlos wäre das vielleicht aber auch nicht: Wer für die Sanierungsarbeiten in der Kneipe aufkommt, ist bisher noch unklar. Möglicherweise auch die Studierendenschaft, sollte der AStA sich an den Kosten beteiligt und einen neuen Deal mit dem Studierendenwerk machen.

Es bleibt also spannend, welches Ende die Odyssee rund um das KKC nehmen wird. Und wie hoch der Preis für die studentische Nutzung sein wird. Aber: Besser Spannung als Stille.



Schule, Uni, Forschungsbeiträge: Das Praxissemester stellt Lehramtsstudierende im Master vor viele Herausforderungen – vollkommen unentgeltlich. Dagegen formiert sich Protest. (Foto: fro)

Ein komplettes Semester verbringen Lehramtsstudierende aller Schulformen während des Masterstudiums in der Schule und müssen neben eigenen Unterrichtsprojekten und Forschungsbeiträgen auch zusätzlich Seminare besuchen. Eine Vergütung erfolgt allerdings nicht. Das Praxissemester nimmt viel Zeit in Anspruch und erschwert es Studierenden, durch Nebenjobs ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Nun regt sich Widerstand.

„Eigentlich könnte dieses neue Modell eine schöne Idee sein“, schreibt Mariella Broscheid in ihrer Petition *Vergütung für das Praxissemester im Lehramtsstudium*, die Anfang Mai auf openpetition.de veröffentlicht wurde. Studierende hätten so die Möglichkeit, Gelerntes aus der Universität direkt im schulischen Kontext anzuwenden und eigene Erfahrungen zu sammeln, um besser auf den späteren Berufseinstieg vorbereitet zu sein. „Doch für das halbe Jahr Arbeit gibt es keine Bezahlung“, empört sie sich und erhält Zustimmung von bislang 2.411 Unterzeichner*innen (Stand: 16. Mai 2016). Sie fordert eine Entlohnung des Praxissemesters nach dem gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 8,50 Euro. Das entspräche 425 Euro monatlich, die die Studierenden während ihres Praxissemesters erhalten würden: Schließlich arbeiten sie effektiv 12,5 Wochenstunden an der jeweiligen Schule. Neben den begleitenden Lehrveranstaltungen an der Uni sowie der reinen Präsenzzeit an der Schule müsse auch die Vor- und Nachbereitung des eigenständigen Unterrichts hinzugerechnet werden. Auch für Lehramtsanwärter*innen, die das Praxissemester bereits absolviert haben und demnach unentgeltliche Arbeit leisten mussten, fordert sie eine rückwirkende Auszahlung der Entlohnung.

Hinzu kommt, dass die Studierenden kaum Einfluss auf den Standort ihrer Prakti-

kumsschule haben. Zwar können Präferenzen angegeben werden, aber letztendlich kommen Schulen aus dem gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf in Frage. So kann ein*esse in auch mal an einer Schule im ländlichen Kleve landen. Neben dem von der Universität Köln angegebenen wöchentlichen Zeitaufwand von 27,5 Stunden während des Praxissemesters können unter Umständen also auch lange Fahrtzeiten hinzukommen. „Daraus ergibt sich für die meisten Lehramtsstudenten das Problem, dass zum Arbeiten neben dem Studium praktisch keine Zeit mehr ist. Eine finanzielle Herausforderung“, heißt es in der Petition weiter.

Land spart auf Kosten der Studierenden

Die Petitionsunterstützer*innen sehen darin vor allem eine Kostenenkungsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen, das mit der Umstellung der alten Staatsexamen-Studiengänge auf das Bachelor-Master-System die Lehrer*innenausbildung um einen weiteren praktischen Rahmen erweiterte. Das zweijährige Referendariat wird nun durch einen anderthalbjährigen Vorbereitungsdienst sowie einem halbjährigen Praxissemester im zweiten Master-Semester ersetzt. Die Initiatorin ist sich sicher: „Das Land scheint sich ein Schlupfloch gebaut zu haben: Da das Praxissemester per Definition kein Praktikum ist, sondern Teil der Lehrerbildung, muss die Praxiserfahrung nicht vergütet werden.“ Ein Rechenbeispiel untermauert dies: Während des Vorbereitungsdienstes erhalten Lehramtsanwärter*innen für Gymnasien und Gesamtschulen eine monatliche Besoldung von 1.284 Euro, ihre Kolleg*innen für Primar- und Sekundarstufe I 1.252 Euro. „Für den Teil der praktischen Ausbildung, den die angehenden Lehrer nun nicht mehr im Vorbereitungsdienst, sondern im Praxissemester ableisten, spart sich das Land also rund 7.500 Euro pro Lehramtsstudent“, resümiert Broscheid. [fro]

Der Stau-Papst

Was den meisten die Nerven raubt, viele manchmal zum Kochen bringt und für Schweißausbrüche sorgt, gehört für Michael Schreckenberg nicht nur zum Alltag, sondern fasziniert ihn sogar. Der Stauforscher lehrt an der Universität Duisburg-Essen und gilt als Wegbereiter der Physik von Transport und Verkehr. Im Rahmen der Verkehrsphysikvorlesung am Campus Duisburg soll die nüchterne Theorie auch in der Praxis verständlich werden: Gemeinsam mit Studierenden besuchte der Stau-Papst vergangenen Freitag, 13. Mai, gegen 15 Uhr die Expo-Brücke über der A3. Das Ziel: Eine Illustration des Pfingst-Verkehrs à la Schreckenberg.

Seine originelle Berufsleidenschaft kam eher ungebacht zustande. Nachdem der Verkehrsprofi sein Studium der Theoretischen Physik in Köln abschloss, beschäftigte er sich im Rahmen seiner Promotion mit neuronalen Netzwerken. „Durch Zufall bin ich dann dahinter gekommen, wie man im Computer einen Stau simulieren kann“, so der Stau-Papst. Das daraus resultierende Nagel-Schreckenberg-Modell war so funktional, dass die dazu gehörige Veröffentlichung die meist zitierte der Verkehrswissenschaft geworden ist. Durch das sogenannte Zellularautomaten-Modell ist es möglich, die Bewegungen von vielen tausend Fahrzeugen im Computer zu simulieren und dadurch Staus zu messen und vorherzusagen. Ein Modell, das Günter Jauch sogar zur Million-Frage einsetzte, was aber weniger einer physikalischen Grundausbildung bedarf, um es zu verstehen. „Statt komplizierter Gleichungen ist das Modell regelbasiert. Beobachtet werden elementare Verhaltensweisen, wie das Beschleunigen, Bremsen oder Überholen eines Autofahrers“, erklärt Schreckenberg. Komplexe Situationen und Phänomene, die eigentlich nur durch einen über den Stau hinweg fliegenden Hubschrauber erkannt werden könnten, sind in einem bestimmten Regelwerk mit einfachen Zahlen festgelegt. „Ähnlich einem Wetterbericht, lassen sich unter normalen Bedingungen dann Vorhersagen treffen, wie sich der Stau möglicherweise entwickelt. Unfälle können allerdings nicht prognostiziert werden“, so Schreckenberg.

Praxisversuch: Pfingst-Stau

Anhand des verkehrsreichen Pfingstfreitags sollen Schreckenbergs Studierende poesielose theoretische Kenntnisse auf die Realität anwenden. Von der nahe dem Campus Duisburg gelegenen Expo-Brücke wird der Stau auf der hektischen A2 Richtung Oberhausen beobachtet. Die Physikstudentin Stephanie Haepken wählte das speziellere Modul, um sich ihren Alltagstress rechnerisch zu veranschaulichen. Schließlich würde mensch im Staugeschehen Ruhe und Konzentration fehlen, um dessen Verlauf fachlich nachzuvollziehen. Ganz in seinem Element antizipiert der Verkehrsprofi die prekäre Lage der Urlaubsrouten: „Durch das Pfingstwochenende kommt es hier zu einer



Stau-Papst Schreckenberg analysiert die Stauwelle am Pfingstfreitag auf der A3. (Foto: BRIT)

Überlastung auf den Straßen, da Urlaubs- und Berufsverkehr kollidieren. 60 bis 70 Prozent der Staus werden also dadurch verursacht, dass zu viele Menschen in dieselbe Richtung, auf derselben Strecke und das zur selben Uhrzeit wollen.“

Die angehenden Physiker*innen spekulieren über die Feiertagsaktivitäten und Ziele der Autofahrer*innen und orientieren sich dabei an den Kennzeichen. „Der Kölner fährt höchstwahrscheinlich an die Nordsee um abzuschalten“, vermutet Stephanie. Es entsteht ein Muster: Jedes zehnte Auto besitzt ein anderes Nummernschild, es gibt zahlreiche Wohnmobile und holländische Autokennzeichen. Abgesehen von den LKWs handelte es sich in den meisten Fällen also weniger um den erleichternden Heimweg als um den ungeduldigen Start in die Feiertag am Meer.

Binsenweisheit: Wir sind schuld

Euphorisch wird über den Zustand debattiert: Es entstehen Stauwellen, die in der Kurve unter der Zoo-Brücke auch deutlich zu erkennen sind. „Wenn ein Auto kurz stehen bleibt, entsteht diese Welle. Mit 15 Kilometern pro Stunde bewegt sie sich nach hinten. Also gegen die Fahrtrichtung“, so Schreckenberg. Wer bremst, verliert oder wird zum* zur Verursacher*in. Da kommt dann neben der Physik die Psychologie ins Spiel, die zeigt, dass mensch wenig kooperativ handelt. „In der Natur würde das oft besser funktionieren“, erklärt Schreckenberg anhand der Ameisen-Metapher: „Sobald der Verkehr dichter wird, werden diese schneller. Fühlen sie sich mit dem Tempo überfordert, scheren sie aus Rücksichtnahme aus.“ Autofahrer*innen hingegen würden nur nach vorne gerichtet denken, ohne sich wirklich über die Auswirkungen ihres Verhaltens bewusst zu sein. „Der Mensch trägt die Augen eben nicht am Hinterkopf“, so Schreckenberg. Zudem fühle er sich viel zu schnell benachteiligt.

Möglichst unauffällig rechnen die Studierenden aus, wie viele Fahrzeuge an dieser Stelle im Laufe des Tages noch vorbeikommen. „Die Autofahrer sind in Staus besonders anfällig für Ablenkung. Wir haben mal einen Stau gefilmt, bei dem

ein LKW-Fahrer das dringende Bedürfnis besaß, im Bild zu sein, wodurch er einen Unfall verursacht hat“, erklärt Schreckenberg. Daraus ergab sich der Stauforschungseid: Immer in Fahrtrichtung analysieren!

Das Ergebnis macht einem Urlaubswochenende alle Ehren: Im Schnitt fahren 1.800 Autos stündlich über eine Spur. 20.000 sind es dann allein in vier Stunden auf die drei Spuren verteilt.

Mehr Technik im Auto

Den quälenden Stau endgültig zu vermeiden, ist momentan nicht möglich. „Sie können aber reduziert und planbarer werden“, so Schreckenberg. In einer aktuellen Versuchreihe, an der der Stauprofi beteiligt ist kommunizieren Fahrzeuge miteinander. Dadurch können Beschleunigung und Abbremsen aufeinander abgestimmt werden. „Ohne, dass es dadurch zu einer Verzögerung der menschlichen Reaktionszeit kommt“, erklärt Schreckenberg. Durch einen technischen Ausstattungsgrad von nur fünf Prozent aller Autos könnte man sogar zehn bis 20 Prozent der Staus vermeiden. Ein technischer Fortschritt, der vielen nach einem harten Arbeitstag zusätzlichen Stress ersparen könnte. Das Problem des Konzepts: Die rechtliche Grundlage. Autonomes Fahren kann den Bedürfnissen der Fahrer*innen nur begrenzt gerecht werden und unterstützend assistieren. Zunächst ist es ein Eingriff in die Privatsphäre, mit dem sich Betroffene einverstanden erklären müssten.

„Es ist aber noch tiefergehend. Es betrifft schließlich auch ethische Fragen“, so Schreckenberg und ergänzt: „Angenommen es ergibt sich eine Situation, in der ein Kind tödlich verletzt oder das Auto vor einen Baum gesetzt wird – das autonome Fahren wählt das Kind. Es handelt also effizienzorientiert.“ Durch in den Fahrzeugen angebrachte Kameras und entsprechender Software können Menschen und deren Sicherheitsniveau identifiziert werden. Was sich zunächst richtig anhört, bleibt eine Entscheidung zu Ungunsten des Fahrenden. Für den Stau-Papst liegt die größte Herausforderung darin, die Technik hier noch menschlicher werden zu lassen. [BRIT]

Kann man davon leben?



Manchmal reicht das Geld in der Spendenmütze einfach nicht aus. (Foto: bjg)

Kunstschaffende werden von diesem Satz vermutlich in ihren schlimmsten Albträumen heimgesucht. Dass ihre Arbeit nicht oder nur sehr schlecht bezahlt wird, ist ein Klischee, das sich leider zu oft bewahrheitet. Aber warum gehen viele Menschen davon aus, dass es reicht, Musikmachende, Malende oder Vortragende auf die Bühne zu stellen und im Nachhinein dafür nicht zu entlohnen?

Für viele Künstler*innen ist es beinahe unmöglich mit ihren Erzeugnissen finanziell Fuß zu fassen. Das liegt nicht nur an der Digitalisierung, sondern vor allem auch am Kunstverständnis und inwieweit das Publikum bereit ist, die Kunstschaffenden zu unterschützen.

Es scheint, als seien kostenfreie Musik, Filme und Bücher zum Standard geworden, das Internet hat da sehr gut mitgeholfen. Doch Sharing-Portalen die alleinige Schuld an einer falschen Kunstvergütung zu geben, wäre übertrieben. Oft fängt das Problem schon viel früher an, nämlich bei den ersten Live-Auftritten. Als Beispiel dafür eignen sich vor allem die Musik- und Literaturschaffenden.

Johannes Floehr ist Veranstalter und Moderator mehrerer Formate wie Open Mics, Poetry Slams und Lesungen in Krefeld. Monatlich kommen beispielsweise acht Slammer*innen in der Kneipe Jules Papp zusammen, tragen selbstverfasste Texte vor und haben somit die Möglichkeit, ihre Kunst einem Publikum zu zeigen. Jede*r Vortragende bekommt dafür seine Fahrtkosten bezahlt. „Erstattet werden diese Unkosten aus einer Mischung aus Eintritts- und Sponsorengeldern“, sagt Johannes. Zudem würde immer eine Verpflegung für die Auftretenden mit der jeweiligen Location verhandelt, so Johannes weiter, „das gehört meiner Meinung nach zur Bezahlung mit dazu.“

Diese Art von Vergütung hat sich in der Szene etabliert, die Auftretenden sollen nicht auf eigene Kosten zu einem Veranstaltungsort

fahren. Bei größeren Veranstaltungen wird oft zusätzlich noch ein festes Honorar ausgemacht, das allen Auftretenden gleichermaßen zusteht. Den Gegenentwurf dazu findet man heute vor allem in der Musikszene. Dort wird auftretenden Bands oft nicht einmal die Anreise bezahlt. Getoppt wird das oft noch durch das Konzept „pay-to-play“, bei dem die Bands eine bestimmte Anzahl an Karten im Voraus verkaufen müssen, um als Support einer größeren Gruppe aufzutreten. Bleiben Karten übrig, muss die Band die Kosten aus eigener Tasche bezahlen.

Der Hut geht herum

Nun kommt es manchmal vor, dass bei Veranstaltungen gesagt wird, dass kein (Fahrt-) Geld erstattet werden könne, da sich die Location rein über Getränke finanziere, selten Sponsor*innen habe und man generell nicht genügend Mittel hätte. Schließlich würde am Ende doch ein Hut herumgereicht und dessen Inhalt unter allen Künstler*innen aufgeteilt. Das Problem dabei ist vor allem, dass Spenden nie eine Absicherung sind, sondern immer ein Vielleicht. Möglicherweise sind im Hut über tausend Euro, jede*r erhält einen hohen Geldbetrag, manchmal sind aber auch nur 15,89 Euro im Hut und nicht eine Person kann die Anfahrt davon bezahlen.

„Den Aufteilungsaspekt begrüße ich, jedoch sollten etwa Spesen für Künstler von vornherein durch den Veranstalter gedeckt sein. Grundsätzlich bin ich aber ein Freund eines festen Eintrittspreises: Künstlerische Arbeit jeglicher Art sollte das Publikum auch finanziell honorieren. Und wenn es nur zwei Euro Eintritt sind“, sagt Johannes und verweist damit auf einen weiteren Diskurs, der bisher keinen Lösungsansatz bringen konnte: Wie kann man Kulturveranstaltungen für alle Menschen anbieten?

Zunächst sollte festgehalten werden, dass es sowohl Vor- als auch Nachteile beim kostenfreien Eintritt gibt. Zum einen wäre es

begrüßenswert, wenn jede*r eine Kulturveranstaltung besuchen kann, ohne jeden Cent umdrehen zu müssen. Schließlich ist Kunst für jeden Menschen da, nicht nur für die, die sich ein 50 Euro Opernticket leisten können.

Zum anderen muss man sich aber auch fragen, ob nicht jede*r Kunstschaffende ein Recht darauf hat, vernünftig entlohnt zu werden. Oft gibt es Sponsor*innen und Spendengelder, die Veranstaltungen ermöglichen, doch dann kommt es zu einem neuen Problem: die Wertschätzung des Abends. Es passiert, dass in kostenfreie Abende mit einer respektlosen Haltung hineingegangen und die Arbeit der Künstler*innen nicht gewürdigt wird. Es fehlt dann an Aufmerksamkeit und Respekt. Das bedeutet natürlich nicht, dass es nicht durchaus auch in „teuren Theaterstücken“ zu Störungen kommen kann.

„Finanzielle Entlohnung wäre schön, aber als Grundlage ebenso wichtig sind gute Organisation und Moderation, ein aufmerksames Publikum sowie Verpflegung“, so Johannes.

Wie kann man also den Menschen den Wert von Kultur klarmachen? Hier hat sich Johannes mit anderen Kunstschaffenden ein Konzept erdacht. „Wenn Veranstaltungen gut sind, dann spricht es sich herum. Die *10.000f-Show* ist eine zwölfstündige Leistungsschau der gesamten Kulturszene der Stadt. Der Name leitet sich daraus ab, dass eine Eintrittskarte 10.000 Euro kostet: Eine absurde Etikettierung, durch die wir zum Stadtgespräch werden wollen. Wie viel ist den Leuten die stadteigene Kultur in Zeiten von Mehrzweckhallen und den immer gleichen Großevents wert?“, hinterfragt Johannes und ergänzt, dass bereits über 80 Künstler*innen zugesagt haben. Es ginge vor allem darum, Aufmerksamkeit zu generieren. „Denn bei aller berechtigten Debatte um faire Bezahlung, gehört und wahrgenommen werden wollen, nein, müssen wir.“

Doch wann wird Kunst eigentlich vom Beruf zum Hobby? Wann wird die Bezahlung überlebenswichtig? Wo lässt sich diese Grenze ziehen? Antwort: Sie lässt sich nur persönlich und individuell festmachen. Niemand von außen hat das Recht zu definieren, inwieweit man professionell oder hobbymäßig mit seiner Kunst unterwegs ist. Kunst hat immer die Berechtigung vergütet zu werden, ob in der Lanxess Arena oder in der Kneipe, ob vor 1.000 oder zehn Leuten.

Ein schöner Lösungsansatz aus den Vereinigten Staaten: Ein Pizzabäcker bietet Kund*innen, die sich zwei Stücke Pizza leisten können, an, beide zu bezahlen und nur eins mitzunehmen. Das übriggebliebene wird Obdachlosen gegeben, die sich sonst kein Stück leisten könnten. Pay one ahead – vielleicht auch etwas für Kulturveranstaltungen. Nur würde das vermutlich an der Unvernunft mancher scheitern, sich trotz vorhandenem Geldes kostenfrei in die Veranstaltung zu schummeln. [bjg]

Studentische Selbstausbeutung?

Das hat gegessen: Als der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Mitte April der studentischen Selbstverwaltung eine „Selbstbedienungsmentalität“ vorwarf, wurde hitzig und scharf diskutiert. Machen sich der AStA und seine Referent*innen die Taschen voll oder ist die Aufwandsentschädigung nur ein Euphemismus für Selbstausbeutung?

Es lohnt sich, mit den Fakten zu beginnen. Laut RCDS-Pressemitteilung werden in diesem Haushaltsjahr mehr als 100.000 Euro für die „Gehälter“ der Referent*innen ausgegeben. 21 Personen, verteilt auf sechs Referate und den Vorsitz umfasst der AStA. Jede*r von ihnen erhält für seine Arbeit eine Aufwandsentschädigung von 400 Euro, von der noch ein kleiner Anteil für Rentenbeiträge abgeht. Die Opposition hält das für zuviel. Vor allem, dass der AStA zu Beginn der Legislaturperiode 2,5 neue Stellen geschaffen hat, ist Anlass für Kritik. „Anders als auf den Konten der AStA-Referenten macht sich der Stellenausbau auf dem Campus nicht bemerkbar“, heißt es in der RCDS-Pressemitteilung.

Nicht mal Mindestlohn

Als eine „Frechheit“ empfindet Corinna Kalkowsky (Listenlos) diesen Vorwurf. Auch ihr Kulturreferat wurde um eine Stelle auf nun fünf Personen aufgestockt. „Dass wir nunmehr sechs stetige Veranstaltungsreihen sowie das Campusfest und zahlreiche Events neben der Reihe organisieren, spricht für sich“, sagt Kalkowsky. Sie bemühe sich, nicht mehr als 15 Stunden die Woche zu arbeiten. Das macht einen durchschnittlichen Arbeitseinsatz von 60 Stunden im Monat bei knapp 400 Euro Aufwandsentschädigung – ein Stundenlohn weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. „Auch wenn mir das Wort nicht gefällt, letztlich beutet man sich am Ende selber aus“, bekennt Kalkowsky.

AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht ist sich dieser Problematik bewusst. Zumal er einem grün-links-roten Studierendenausschuss vorsitzt, der seine Referent*innen unter Mindestlohn und prekär bezahlt. „Deshalb sprechen wir auch nicht von einem Lohn, sondern von einer Aufwandsentschädigung. Zu einem gewissen Teil entschädigen wir uns für den Aufwand, den wir in diesem selbst gewählten Amt betreiben“, erklärt Lamprecht. Für ihn geht es als Referent um das Engagement für die Studierendenschaft, auch im Sinne eines Ehrenamts. Für die vom AStA beschäftigten Personen, wie etwa Plakatierer*innen, werde ein Stundensatz über dem Mindestlohn gezahlt. „Da müssen wir auch unserer Verantwortung als Arbeitgeber gerecht werden“, so Lamprecht.

Auch Christian Müller (Linke Liste) vom Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



Nicht alles auf einmal abheben, bitte: Von 400 Euro lebt es sich schlecht. (Foto: ska)

pflichtet Lamprecht bei. „Meine Motivation im AStA zu arbeiten, besteht nicht aus einer monetären Entlohnung. Die Aufwandsentschädigung ermöglicht es vielmehr, dass ich mich überhaupt für die Studierendenschaft engagieren kann“, erklärt Müller. Er werde für seine Arbeit nicht „bezahlt oder entlohnt“ wie in einem normalen Beschäftigungsverhältnis. Trotzdem bleibe kaum Zeit für einen Nebenjob parallel zum Studium und die Aufwandsentschädigung sei demnach existentiell wichtig, da viele der Referent*innen ihren Lebensunterhalt sonst nicht mehr bestreiten könnten. Christian Müller gibt an, von montags bis freitags jeweils drei bis fünf Stunden im Büro zu arbeiten. Zudem bediene er außerhalb der Bürozeiten die Social-Media-Kanäle wie Twitter und Facebook. Für Müller ist zudem die Unterscheidung wichtig, dass er nicht vom AStA „beschäftigt“, sondern demokratisch vom Studierendenparlament gewählt worden ist.

Nichtsdestotrotz zeigen Beispiele aus verschiedenen Teilen der Selbstverwaltung, wie es anders gehen könnte. So werden die Koordinator*innen des Landes-ASten-Treffens nach dem Bafög-Höchstsatz bezahlt. Generell orientiert sich der Förderungssatz an den errechneten Bedürfnissen jedes*jeder Einzelnen, was auch ein Weg zu einer gerechteren Bezahlung der Referent*innen des AStAs sein könnte. Eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen ist derzeit aber nicht vorgesehen. „Es wäre mir auch sehr unangenehm, sich selbst mehr Geld zu geben“, bekennt Corinna Kalkowsky vom Kulturreferat. Damit bleibt es in gewisser Weise auch beim Zerrbild zwischen „Selbstbedienungsmentalität“, die etwa der RCDS anprangert, und der empfundenen Selbstausbeutung, wie Kalkowsky sie mokiert. [ska]

Anhören

4. Hörsaal-Slam



Bereits zum vierten Mal veranstaltet der Allgemeine Studierendenausschuss einen eigenen Poetry Slam – diesmal leider nicht im schönen Duisburg, sondern am Essener Campus. Dort laden unter anderem die Slam-Poet*innen Felix Römer, Max Gebhard, Olga Lakritz, Nick Pötter, Sandra DaVina und Max Humpert zu einem literarischen Abend ein. Musikalische Untermalung gibt es wie immer vom DJ Nachtfalke.

↗ **Donnerstag, 19. Mai, ab 19 Uhr, So5 Too Bo8, Campus Essen, Eintritt frei**

Analysieren

Vortrag: „Die ‚Alternative für Deutschland (AfD) und die gespaltene Republik“

Der Publizist und Politikwissenschaftler Richard Gebhardt referiert im Djazz zur AfD, es folgt eine anschließende Diskussion. Hinterfragt werden Personen und Programm der Partei, Überschneidungen und Verbindungen zu Pegida und der aktuelle Erfolg. Organisiert wird die Veranstaltung von Crème Critique.

↗ **Donnerstag, 19. Mai, Einlass 19 Uhr, Djazz Duisburg, Börsenstraße 11, Eintritt frei**

Abchillen

Frühlingsfest

Möglichkeit zur entspannten sozialen Interaktion bei – hoffentlich – gutem Wetter, Essen und Getränk gibt es beim Frühlingsfest im Alibi. Verschiedene Aktionen für Kinder und Erwachsene wie ein Tauschmarkt, Kinderschminken und Hula Hoop-Bastellworkshop warten auf euch. Abends gibt's was auf die Ohren.

↗ **Samstag, 21. Mai, ab 16 Uhr, Alibi-Essen, Gladbeckerstraße 10, Eintritt frei**

Studierende überflüssig?

Universitäre Gremien: Orte der Entscheidungen und Diskussionen. Zu ihnen zählt auch der Senat der UDE, in dem Professor*innen, weitere Mitarbeiter*innen und Studierende ein Mal im Monat zusammen kommen. Bereits im Vorfeld der vergangenen Senatsitzung am 13. Mai löste ein Interview mit dem Senatsvorsitzenden Burak Atakan Empörung auf Seiten der studentischen Mitglieder aus: Er sagte, die Arbeit werde häufig von den Professor*innen geleistet. Die Grüne Hochschulgruppe (GHG) sprach daraufhin von einem #AtaGate. Auch eine rassistische Äußerung eines Professors und eine eskalierte Veranstaltung, auf der der Genozid an den Armenier*innen geleugnet wurde, sorgten für Zündstoff.

„Ich halte es für unnötig kompliziert; hinzu kommt, dass zwar alle Statusgruppen immer gerne mitentscheiden, die Arbeit jedoch häufig von Professor/innen geleistet wird, die auch Kontinuität in die Prozesse bringen und einen Überblick über die gesamte Universität und das Wissenschaftssystem haben“ – so wird der Senatsvorsitzende Burak Atakan im Interview mit dem Campus Report zitiert. Der Dorn in seinem Auge: Die neue Zusammensetzung der Lehrkommission. Mit seiner Aussage sprach er den studentischen Vertreter*innen nicht nur die Stellung im zur Hälfte von Professor*innen und Studierenden besetzten Gremium ab, sondern auch den Überblick über den universitären Betrieb.

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) äußerte sich daraufhin empört in einer Stellungnahme unter dem Titel „Senatsvorsitzender hält wenig von studentischer Mitbestimmung.“ Darin kritisiert Marius Kriebler, Referent für Hochschulpolitik: „Die Behauptung von Prof. Atakan, allein die Professor*innen würden eine Kontinuität in die Prozesse bringen, ist schlicht falsch. Viele Mitglieder aus Technik und Verwaltung und dem Mittelbau leisten schon länger als so manche*r Professor*in wichtige Arbeit im Senat.“ Auf der Sitzung konfrontierte der AStA-Vorsitzende Marcus Lamprecht den Senatsvorsitzenden mit seiner Aussage. „Ich bin weiterhin der Meinung, dass die professorale Gruppe hier bei den wichtigen Punkten die Mehrheit behalten sollte“, antwortete Atakan und bekräftigte damit seine Äußerung im Interview. Außer den studentischen Mitgliedern kritisierte allerdings kein weiteres Mitglied die Haltung des Senatsvorsitzenden und so wurde weiter die Tagesordnung abgearbeitet.

Rassismus? Nicht ins Protokoll

Gleich zu Beginn der Sitzung hatten die Studierendenvertreter*innen zudem ein anderes Senatsmitglied ebenfalls scharf kritisiert. Ein Professor soll auf der vergangenen Sitzung schwarze Menschen durch das rassistische N-Wort diskriminiert haben. Er echaufferte sich zuvor über die geschlechtergerechte Besetzung von Listen



*Ausgabe des Campus Reports auf der Senatsitzung: Der Vorsitzende des Gremiums hatte kritisiert, dass vor allem Professor*innen hier die Arbeit leisten würden. Studierende kritisieren die Äußerung scharf. (Foto: mac)*

bei Gremienwahlen. „Der Professor führte aus, dass die Besetzung von Listen frei stehen müsse, schließlich könnten diese sonst auch ‚N-Wort – weiß, N-Wort – weiß‘ besetzt werden. Ich finde, das ist eine problematische Aussage, die auch im Protokoll enthalten sein sollte“, so der AStA-Vorsitzende Marcus Lamprecht.

Eine Professorin bezog daraufhin Stellung. Es kämen sehr häufig solche Aussagen von besagtem Professor und es würde häufig reagiert. Aber man könne nicht immer etwas sagen. Außerdem wirke es sehr peinlich, wenn so etwas ohne Reaktion darauf im Protokoll stünde. „Ich fände es schade, wenn aufgrund der Peinlichkeit für ein Gremium die Verwendung eines rassistischen Begriffes eskamotiert wird“, erwiderte AStA-Vorsitzender Lamprecht. Schließlich einigten sich die Senatsmitglieder, dass die Aussage doch nicht ins Ergebnisprotokoll einfließen und ein Gespräch mit dem Professor, der auf der Sitzung nicht anwesend war, geführt werden solle.

Rektor Radtke, Political Correctness und Bernd Lucke

Unmut bei den studentischen Senatsmitgliedern lösten außerdem die Äußerungen des Rektors in Bezug auf die Raumvergabe für Veranstaltungen aus. Zuvor wurde während des Vortrags „Terror in Istanbul“ vom Verein Türkischer Studenten der Genozid an den Armenier*innen geleugnet und es kam zu tumultartigen Szenen (akkuell berichtete). Rektor Radtke kritisierte wiederum Universitäten in den USA, wo Dekane missliebige Veranstaltungen im Vorfeld absagten, um kritische Diskussionen zu vermeiden. „Politisch korrekt Beseelte“ würden dort mit dem Ausruf „I feel offended“ solche Diskussionen verhindern. „Wir brauchen eine maximale Offenheit an der Universität“, so Radtke. Man werde für die Zukunft die Ordnung für Veranstaltungen präzisieren und alle Verbindungen unter die Lupe nehmen, damit man nicht nochmal überrascht würde.

Senatsmitglied Chelsea Weedall (GHG) kritisiert gegenüber der akkuell die Argumentation des Rektors. Ihre Kritik an der Veranstaltung wäre

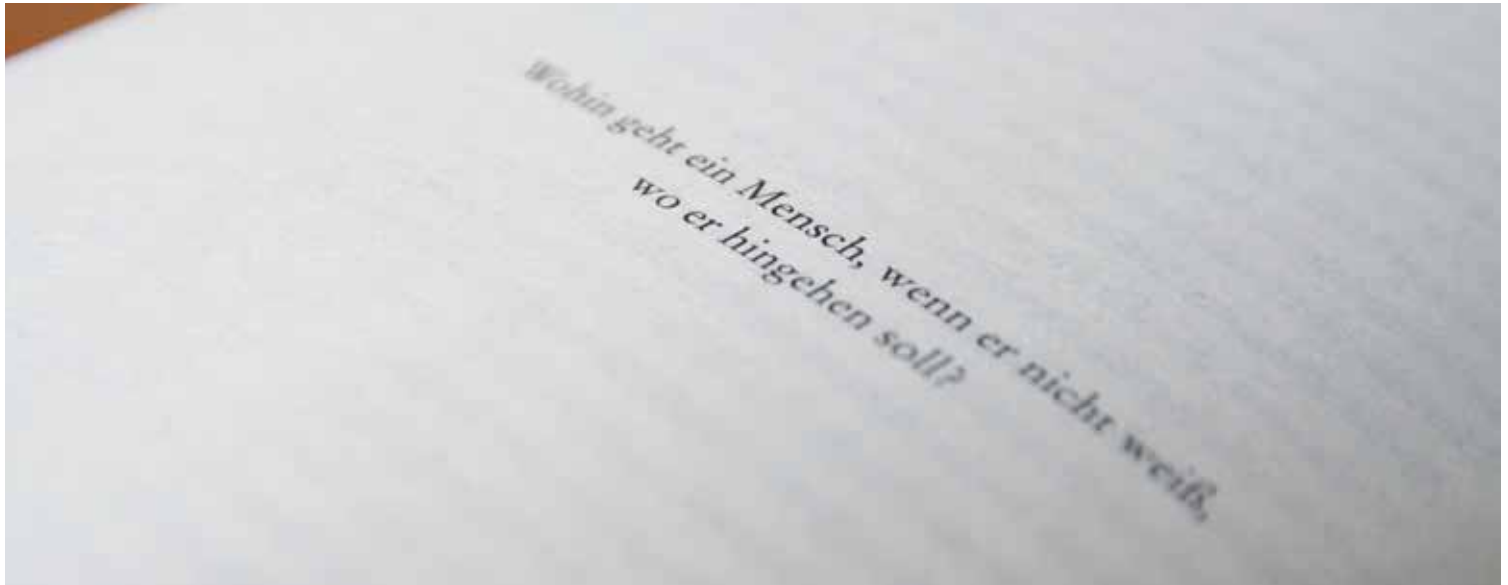
nicht aus einem Gefühl politischer Korrektheit oder Angegriffenheit heraus entstanden, sondern aus der Überzeugung, dass eine Hochschule, die für Weltoffenheit zu stehen vorgibt, nicht kruden Verschwörungstheoretiker*innen Raum bieten sollte. „Die Kritik an der Leugnung des Völkermords mit ‚I feel offended‘ zu kommentieren, zeugt von äußerst geringer Sensibilität gegenüber den Nachfahren der damals Ermordeten“, so Weedall.

Auch zur Ausladung des einstigen AfD-Gründers Bernd Luckes an der Heinrich-Heine-Universität, der dort wegen Sicherheitsbedenken nicht an einer Podiumsdiskussion zum Freihandelsabkommen TTIP teilnehmen konnte, äußerte sich Radtke: „Egal, was man zu Herrn Lucke und seinen Vorstellungen denkt, man kann ihn trotzdem vortragen lassen. Sicherheitsbedenken würde ich nicht gelten lassen, vor allem nicht, wenn eine Universität einen Universitätsprofessor wegen missliebiger Meinungen nicht zum Vortrag kommen lässt.“ Da müsse man die Sicherheit eben herstellen und das würde die UDE in Zukunft auch tun. „Grundsätzlich die Schere vorher im Kopf anzusetzen und zu sagen, das findet nicht statt: Nicht mit mir.“

Die Zweiklassengesellschaft der Exzellenzinitiative

Auch die Exzellenzinitiative, durch die der Bund künftig unter anderem von ihm ernannte Eliteuniversitäten fördern will (akkuell berichtete), war Gesprächsthema auf der Senatsitzung. Rektor Ulrich Radtke äußerte sich kritisch zu einem Gespräch mit Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU). „Man hat mit der Exzellenzinitiative die Zementierung einer Zweiklassengesellschaft an der Universität festgeschrieben“, so Radtke. Der politische Wille, acht bis elf Universitäten dauerhaft als Eliteuniversitäten zu fördern, sei klar erkennbar. „Ich kam mir vor, wie der Mahner in der Wüste, als ich kritisierte, dass das für die deutsche Hochschullandschaft nicht die ideale dauerhafte Förderung ist“, sagte Radtke. [mac]

Zustände, die keine sein sollten



Geben, Ging, Gegangen von Jenny Erpenbeck: 250 Seiten professoraler Hilfe-als-Selbsthilfetrip. (Foto: mal)

Es ist der Schluss, der zum Anfang führt und mit der Oberfläche bricht. Jenny Erpenbecks neuester Roman *Geben, Ging, Gegangen* (2015) thematisiert Zeit und stellt diese dar. Ein Berliner Philologie-Professor wird emeritiert und findet in der Gegenwart, genauer in der Begegnung mit Menschen auf der Flucht, eine neue Lebensaufgabe.

Richard hat plötzlich viel Zeit. Er wartet, weiß aber nicht worauf. „Die Zeit ist jetzt eine ganz andere Art von Zeit.“ Des Öfteren schwelgt er in Erinnerungen. Erinnerungen an seine verstorbene Frau, an seine ehemalige Geliebte, an die Zeit in der DDR, an die Zeit im Dritten Reich und an seine Arbeit. Langsam wandert seine Aufmerksamkeit zurück in die Gegenwart und er bemerkt durch einen Fernsehbericht das Protestcamp von Asylsuchenden auf dem Oranienplatz. Als dieses geräumt wird, sucht Richard einige der Protestler in ihrer neuen Unterkunft auf. Mit im Gepäck hat er Fragen, die er den Männern aus Nigeria, Ghana oder dem Niger stellen möchte. Erpenbeck findet gerade für diese ersten Begegnungen das richtige Erzähltempo. Manche Passagen mögen langatmig wirken, wenige Informationen fließen: Das Kennenlernen von Fremden braucht Zeit. Und genau dieses Kennenlernen, Vorurteile abbauen und Zuhören wird in den Fokus gerückt und thematisiert eine andere Art von Begegnung.

Erpenbeck setzt bewusst Wiederholungen als stilistisches Mittel ein, besteht die ständige Angst und das ständige Warten der Männer ohne Aufenthaltsgenehmigung eben auch aus einem gleichklingenden Alltag. Der Autorin gelingt es mit gängigen Klischees, wie Arbeitsfaulheit oder dem vermeintlichen Besitz von Luxusgütern zu brechen und hinter die Oberfläche der europäischen Asylpo-

litik und der betroffenen Männer zu blicken. Nach und nach erfährt die Leser*innenschaft mehr über die Vergangenheit von Khalil, Raschid, Ithemba, Osarobo und den anderen, deren Geschichten von Verlust, Krieg, Bootsunglücken und Sklaverei nüchtern erzählt werden. Richard erfährt außerdem viel über den afrikanischen Kontinent: Zum Beispiel, dass Nigeria eine Küste hat und die Hauptstadt Abuja heißt.

Bis auf ein Kapitel wird der knapp 250 Seiten lange Text aus der Perspektive von Richard geschildert. Sollte der Roman nicht aber die Betroffenen sprechen lassen? Erpenbecks Adressat*innen scheinen allerdings vorwiegend Menschen wie Richard zu sein, für die Asylsu-

"Richard hat Foucault gelesen und Baudrillard und auch Hegel und Nietzsche. Aber was man essen soll, wenn man kein Geld hat, um sich Essen zu kaufen, weiß er auch nicht."

chende gar nicht existent waren. Adressat*innen, die sich in Richards Situation viel besser hinversetzen können. Die Autorin stellt den gealterten Professor auch nicht als Helden dar, sondern beschreibt seinen Hilfe-als-Selbsthilfetrip. Während anfangs klar zu sein scheint, dass sich Richard aus egoistischen Motiven wie der eigenen Einsamkeit heraus für die Situation der Männer interessiert, entsteht doch mehr und mehr eine menschliche Bindung. Erpenbeck holt dabei die Männer aus der

Masse der Asylsuchenden heraus und zeigt Individuen.

Die Sprache der vielfach ausgezeichneten Regisseurin und Autorin, die zuletzt den Thomas-Mann-Preis erhielt, erinnert an ihren musikalischen Hintergrund. Leicht und fließend, wie zuweilen auch Musik klingt, lässt sich der schwere Inhalt Seite um Seite lesen. Die oftmals wechselnden Gedankenströme – auch durch literarische Einwüfe bereichert – bilden ein gelungenes Abbild der schnelllebigen Realität. Auch das hin und wieder verwendete Code-Switching zwischen den verschiedenen Landessprachen zeigt die Schwierigkeit der Kommunikation auf, die Erpenbeck selbst bei ihren Recherchegesprächen auf dem Oranienplatz gehabt haben wird.

Mittendrin im dichten Textgeflecht taucht immer wieder die Identitätsfrage auf. Nach all den Verlusten weiß Awad nicht mehr, wer er ist und fragt Richard: „Was ist der Sinn von dem allen?“ Richard weiß keine Antwort und scheint selbst immer weniger zu wissen, wer er ist. Neben seinen bestehenden Kontakten im deutschen Bildungsbürgertum lernt er die Männer mit Fiktionsbescheinigung immer besser kennen, versucht ihnen kleine Jobs zu organisieren und den ein oder anderen zum Klavierspielen oder Lesen einzuladen. Nur das Gesetz versucht der freundschaftlichen Beziehung und der Zukunft der Männer im Wege zu stehen.

Geben, Ging, Gegangen von Jenny Erpenbeck ist ein mutiges Buch, welches mit Ehrlichkeit und Ironie viel zur Sprache bringt, was hinter Bildern von flüchtenden Menschengruppen oder brennenden Zeltunterkünften verborgen bleibt. Nur der wenig einladende Anfang lässt nicht erwarten, was in diesem Buch steckt, aber das steckt wohl in so manchem Anfang. [mal]

Politisches Picknick auf dem Bagger



Die Braunkohlebagger stehen still. Die Menschen an der Sightseeing-Plattform zur Grube sind enttäuscht. Wo sieht man die versprochene Action? Schließlich tummeln sich bis zu 2.000 Menschen in weißen Anzügen im riesigen Braunkohletagebau. Polizeiketten sind nicht in Sicht. Ein Erlebnisbericht aus dem sechsten Lausitzer Klimacamp.

Dass die Anti-Kohlebewegung wächst ist nicht nur an den Schlangen vorm Kompostklo zu erkennen. Sie ist auch international. Läuft man durch das Klimacamp, hört man die verschiedensten Sprachen. Ein internationales Bündnis mit dem Slogan „Ende Gelände“ erreicht in Brandenburg eine der bisher weltweit größten Klimaaktionen, die es bisher gegeben hat. Die Volksküche Fläming Kitchen gibt bei einem Mittagessen mehr als 2.500 Portionen raus und auf den Campwiesen stehen Zelte dicht an dicht. Was bereits im Sommer vergangenen Jahres ein großer Erfolg im Tagebau Garzweiler bei Köln war, ist am Pfingstwochenende in einer anderen Größenordnung wiederholt worden: Ziviler Ungehorsam in Form des Blockierens von Kohlebaggern und den Zufahrtsgleisen eines Kraftwerkes des schwedischen Stromriesen Vattenfall in der Lausitz bei Berlin. Die Proteste erreichten eine Unterbrechung des Braunkohlenachschubes, weshalb das Kraftwerk mit verminderter Leistung betrieben werden musste.

Krummer Deal

Die Deeskalierungsstrategie von Vattenfall, die bei dem Großteil der Protestaktionen keine Hundertschaften der Polizei anforderten, scheint nicht nur ein Lehrstück aus den Protesten im RWE-Tagebau zu sein. Vattenfall steht kurz vor dem Verkauf seiner Braunkohlesparte an den tschechischen

Energiekonzern EPH und dessen Finanzpartner PPF Investments. Das Perfide: neben dem symbolischen Verkaufspreis, den EPH zahlen wird, bietet Vattenfall dem Käufer rund 1,7 Milliarden Euro für die Übernahme an. Dafür wird das tschechische Unternehmen die Braunkohlestromproduktion in Ostdeutschland weiterbetreiben – muss jedoch auch die anfallenden Kosten, beispielsweise für Rekultivierungen der Tagebaue, übernehmen. Diese belaufen sich auf rund zwei Milliarden Euro. Die Menschen im Klimacamp kritisieren den Verkauf und fordern: „Vattenfall, macht euren Dreck selber weg.“

Die Stimmung im Camp und bei den Blockaden ist von Donnerstag bis Samstag so, wie ich mir ein Woodstock-Festival vorstelle. Die Menschen sitzen in den Wiesen, trinken Bier und unterhalten sich – oft singend. Bei den Gleisblockaden treten Chöre auf und es wird getanzt, der Braunkohletagebau spontan zum Fußballfeld gemacht. Die ökologische und politische Motivation hinter der Reise nach Brandenburg vereint die Aktivist*innen. Eiskalt duschen und für acht Nächte im Zelt bei sechs Grad Celsius werden in Kauf genommen. Die spinnen, die Ökos – das scheinen zumindest manche Bewohner*innen der Region zu denken.

Dass Stromversorgung auch anders geht, zeigt das vom Tagebau bedrohte Dorf Proschim, das sich zu über hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgt. Doch Windräder, Biogasanlagen und Photovoltaikmodule sollen in dem Ort des Klimacamps bald dem Tagebau weichen. Bei einer Demonstration am Samstag in Welzow nahmen viele Menschen aus den umliegenden Dörfern teil. Trotzdem bekommen Aktivist*innen am Samstagabend bei einer friedlichen Schienenblockade und Mahnwache vor dem Kraftwerk Schwarze Pumpe von den Menschen einer Pro-Braunkohle-Demonstration Böller sowie Äpfel zugeworfen. Die Blockaden werden Sonntagabend durch Eingreifen von der Polizei kurzzeitig irritiert. Beim freiwilligen Verlassen der Schienen nach über 48 Stunden werden hunderte Aktivist*innen nach kurzer Rängelei vier Stunden gekesselt, nur um dann samt freundlichem Shuttle-Service der Polizei, trotz Verweigerung der Personalien, bei der Abschlussparty des Camps abgesetzt zu werden. **[Gerne]**

Eine verlängerte Onlineversion des Artikels findet ihr unter www.akduell.de.

HIRNAKROBATIK

	2		3		
9		3			1 8
7			8		4 5
			1	4	
	8 7 9		4 5 6		
		2	6		
2 7			6		3
8 3				6 4	
			8	9	

WOHNHEIMGESCHICHTEN



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Lorenza Kaib (lenz), Marlen Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Britta Rybicki (BRIT), Björn Gögge (bjg), Marie Eberhardt (mal), Linda Gerner (Gerne), Simon Kaupen (ska)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de